



Komm, wir retten
unsere Heimat!



PROGRAMM DER AFD FÜR DEN KREIS BERGSTRASSE ZUR KOMMUNALWAHL 2026

Klarer Kurs für unsere Heimat - Beschlossen auf der Mitgliederversammlung Januar 2026

Geht wählen!



Präambel:

Verantwortung und Frieden.

Leitbild:

Der Kreis Bergstraße steht für Lebensqualität, Verantwortung und Zusammenhalt. Unsere Region lebt von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, leistungsfähigen Kommunen und dem Vertrauen darauf, dass politische Entscheidungen verlässlich, nachvollziehbar und bürgernah getroffen werden. Vernunft und Augenmaß zeigen sich dort, wo Entscheidungen nicht ideologisch, sondern verantwortungsbewusst und finanzierbar getroffen werden.

Friedenspolitik:

„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ (Willy Brandt). Wir wissen, dass Außenpolitik primär im Bund entschieden wird. Der Kreis Bergstraße muss ein Ort des friedlichen Miteinanders bleiben.

Wir sprechen uns nicht pauschal gegen eine Wehrpflicht aus, aber wir setzen uns für eine aktive Friedenspolitik ein und erteilen jeglicher Propaganda, die unsere Gesellschaft „kriegstüchtig“ machen will und die uns mit „Kriegstreiberei“ auf Linie bringen will, eine klare Absage.

Diplomatie und Verständigung müssen Vorrang vor Waffenlieferungen und Eskalation haben.

**Kommunalwahl
am 15. März 2026:
AfD wählen!**

Liste 2

Inhalt

1. Finanzen & Verwaltung	Seite 5
2. Migration & Sicherheit	Seite 7
3. Wirtschaft, Infrastruktur & Tourismus	Seite 8
4. Familienfreundlicher Kreis Bergstraße	Seite 12
5. Schule & Bildung	Seite 14
6. Wohnen & Raumordnung	Seite 16
7. Gesundheit & Pflege	Seite 17
8. Energie, Umwelt & Landwirtschaft	Seite 20
9. Tierschutz	Seite 22
10. Kultur, Identität & Zusammenhalt	Seite 24
 Unsere Kandidaten für die Kommunalwahl	 Seite 25



Unser Programm zur Kommunalwahl 2026



1. Finanzen & Verwaltung

Bürger nah, transparent und solide

Wir stehen für einen schlanken Staat, der dem Bürger dient und ihn nicht alleine lässt, sondern unterstützt.

Haushaltsdisziplin und Verantwortung

Wir fordern einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld. Keine Politik auf Pump; zuerst Kassensturz, dann Planung der Geldausgaben – denn nur solide Finanzen sind die Basis für die Handlungsfähigkeit künftiger Generationen. Der Kreis muss sich dafür einsetzen, dass Aufgaben des Landes Hessens und des Bundes für den Kreis durch entsprechende Mittel gedeckt ist.

Grundsteuer senken & Transparenz schaffen

Die Mehreinnahmen aus der Grundsteuerreform müssen offen dargelegt werden. Wir fordern eine Senkung der Hebesätze, um Wohnen bezahlbar zu halten und Eigentümer wie Mieter spürbar zu entlasten.

Kreisumlage begrenzen

Die Kommunen brauchen Luft zum Atmen. Wir setzen uns für eine Deckelung oder schrittweise Senkung der Kreisumlage ein, damit das Geld in den Städten und Gemeinden bleibt.

Effiziente Verwaltung & analoge Doppelstruktur

Digitalisierung ja, aber nicht um jeden Preis: Wir unterstützen digitale Prozesse, bestehen aber weiterhin auf analogen Zusatzangeboten. Der Bürger darf nicht ausschließlich auf digitale Lösungen angewiesen oder der Technik ausgeliefert sein.

Daher Hilfe statt Hürden: Gerade ältere oder weniger technikaffine Menschen müssen Unterstützung bei der Bedienung digitaler Angebote erhalten. Das persönliche Gespräch im Amt muss weiterhin möglich sein.

Bürgerservice

Bürgernähe zeigt sich auch in Erreichbarkeit und Verlässlichkeit. Wir fordern flexible Öffnungszeiten der Kreisverwaltung (z. B. 1. Samstag im Monat) sowie verbindliche und transparente Bearbeitungsfristen für Verwaltungsverfahren. Verwaltung muss sich an den Lebensrealitäten der Bürger orientieren – nicht umgekehrt.

Personalstruktur überprüfen

Der erhebliche Personalaufwuchs im Landratsamt der vergangenen Jahre ist kritisch zu überprüfen. Ziel muss eine bedarfsgerechte, effiziente Verwaltung sein, die durch optimierte Prozesse, klare Zuständigkeiten und Digitalisierung entlastet wird. Personalaufbau darf kein Selbstzweck sein.



2. Migration & Sicherheit

Ordnung wiederherstellen

Unsere Kapazitäten für die Aufnahme, angemessene Versorgung und Integration sind erschöpft bzw. längst überfordert. Vorrang hat nun eine besonders notwendige Schonung unserer Sozialsysteme und der Haushaltsbudgets unserer Kommunen. Dies auch im Hinblick auf nicht beliebig vorhandene Personalressourcen. Dafür muss aber dem Schutz sowie der Sicherheit unserer Bevölkerung deutlich mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Zuweisungsstopp und „Hotspot“-Verbot

Der Kreis muss die sofortige Aussetzung weiterer Zuweisungen vom Land erwirken. Wir lehnen den Bau neuer zentraler Großunterkünfte im Kreisgebiet strikt ab.

Sachleistungen statt Bargeld

Um Fehlanreize für die Einwanderung in die Sozialsysteme zu beenden, fordern wir die flächendeckende Umstellung auf Sachleistungen für Asylbewerber.

Polizeipräsenz im Odenwald

Sicherheit darf keine Frage des Wohnorts sein. Wir fordern die Wiedereinrichtung einer vollwertigen Polizeistation mit täglicher Präsenz im Raum Lindenfels/Fürth.

Sicherheit mit Augenmaß

Wir treten ein für Sicherheit durch eine sichtbare, bürgernahe Polizeipräsenz und den konsequenten Schutz unserer öffentlichen Räume. Gleichzeitig lehnen wir den digitalen Überwachungsstaat strikt ab, um die Privatsphäre und die Freiheitsrechte aller Bürger zu garantieren.



3. Wirtschaft, Infrastruktur & Tourismus

Lebensadern stärken

Die anhaltende Wirtschaftskrise erreicht zunehmend auch die Unternehmen im Kreis Bergstraße. Produktionsrückgänge, Investitionsstau und Standortverlagerungen führen bereits heute zu spürbaren Einbrüchen bei den Gewerbesteuerereinnahmen. Die schleichende Deindustrialisierung trifft Kommunen und Kreis mit voller Wucht – finanziell, strukturell, sozial.

Die Konsequenz ist klar: Jeder Betrieb zählt. Jeder Arbeitsplatz zählt. Wir müssen um den Erhalt bestehender Unternehmen kämpfen und den Kreis Bergstraße als Standort wieder verlässlich und attraktiv machen.

Für einen starken Mittelstand, gesicherte Arbeitsplätze und lebendige Ortskerne.

Fachkräftesicherung & berufliche Bildung

Wir stärken die berufliche Bildung und fördern die enge Zusammenarbeit mit regionalen Ausbildungsbetrieben sowie den Handwerks-, Industrie- und Handelskammern. Ziel ist es, qualifizierte Fachkräfte vor Ort auszubilden, zu halten und Perspektiven im Kreis Bergstraße zu schaffen.

Dorfgaststätten und Dorfläden in ihrem Bestand erhalten

Dem Wirtshaussterben durch vereinfachte Genehmigungsverfahren entgegenzutreten, Unterstützung bei Nachfolgeregelungen für Gastronomiebetriebe, Hofläden, Metzgereien und Bäckereien im ländlichen Raum. Diese Geschäfte sind keine Folklore – sie sind soziale Infrastruktur. Die Verwaltung soll ihre Ermessensspielräume nutzen, um die Bestände zu erhalten.

Standortsicherung im Kreis Bergstraße

Der Kreis Bergstraße muss ein verlässlicher und wettbewerbsfähiger Standort für Handwerk, Mittelstand und Industrie bleiben – gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Arbeitsplätze vor Ort sichern:

Standortentscheidungen dürfen nicht durch überbordende Bürokratie, hohe Abgaben oder ideologisch motivierte Auflagen gefährdet werden.

Gewerbeflächen sichern und entwickeln:

Geeignete Flächen für regionale Betriebe erhalten und maßvoll weiterentwickeln – mit Rücksicht auf Landschaft und Anwohner, aber ohne Wachstumsverhinderung.

Planungssicherheit herstellen:

Verlässliche Genehmigungsverfahren, klare Zuständigkeiten und realistische Umweltauflagen statt wechselnder Spielregeln.

Regionale Wertschöpfung stärken:

Öffentliche Aufträge sollen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten vorrangig an regionale Unternehmen vergeben werden.

Zukunftsbranchen gezielt ansiedeln:

Der Kreis Bergstraße soll gezielt Unternehmen aus Zukunftsbranchen wie Medizintechnik, Pharma, IT und angewandter Forschung ansprechen, um hochwertige Arbeitsplätze und langfristige Wertschöpfung zu sichern.

ÖPNV: Taktung überprüfen und ergänzen

Überprüfung der Taktzeiten insbesondere in den Abendstunden und am Wochenende. Ergänzend fordern wir den Ausbau eines kreisweiten Ruftaxisystems als flexible Ergänzung zum bestehenden Linienverkehr.

Schiene: Güterverkehr stärken – Region entlasten

Die zusätzliche Trasse der Riedbahn ist im vergangenen Jahr planerisch weiter vorangekommen. Diese Entwicklung begrüßen wir ausdrücklich. Sie entlastet bestehende Strecken, verbessert den Verkehrsfluss und stärkt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Region auch für den Güterverkehr.

An dieser Stelle danken wir ausdrücklich der Initiative **„Mensch und Verkehr“** aus der Region, die sich mit Sachverstand und Beharrlichkeit für eine hohe Umweltverträglichkeit der Planung eingesetzt hat. Dieses Engagement zeigt: Infrastruktur und Umweltschutz schließen sich nicht aus – sie brauchen kluge Vermittler.

Mobilität: Realistisch, vielfältig, ohne Gängelung

Schiene und ÖPNV sind wichtige Säulen der Mobilität, sie können den Individualverkehr jedoch nicht ersetzen. Das gilt insbesondere in den ländlich geprägten Regionen des Odenwalds und des Rieds, wo Arbeitswege, Versorgung, Pflege und Ehrenamt auf das Auto angewiesen sind.

**Wir setzen uns ausdrücklich für den Erhalt des Individualverkehrs ein.
Mobilität darf kein Privileg werden, sondern muss alltagstauglich bleiben.**

Unnötige Schikanen lehnen wir ab. Die inflationäre Einrichtung von Tempo-30-Zonen (in manchen Städten sogar Tempo-20-Zonen) ohne sachliche Begründung ist überzogen und kontraproduktiv. Sie dient weder der Verkehrssicherheit noch dem Klimaschutz, sondern wird zunehmend als Beutelschneiderei und anmaßende Verkehrserziehung empfunden. Akzeptanz entsteht nicht durch Gängelung, sondern durch nachvollziehbare Regeln.

Verkehr: Ausbau des Fahrradwegenetzes im Odenwald

Im Odenwald besteht erheblicher Nachholbedarf beim Ausbau sicherer Radwege. Auf mehreren Strecken ist die aktuelle Situation für Radfahrer gefährlich und nicht mehr zeitgemäß.

Radverkehr gezielt ausbauen

Der zügige Ausbau sicherer und durchgängiger Radwege ist ein wichtiger Beitrag zu Naherholung, Tourismus und alltagstauglicher Mobilität. Insbesondere im ländlichen Raum müssen bestehende Lücken geschlossen und gefährliche Strecken entschärft werden.

Besonders betroffen sind die Verbindungen:

- **Kirschhausen – Mitlechtern**
- **Fürth – Weschnitz**
- **Fürth – Lindenfels / Kolmbach**
- **Heppenheim – Juhöhe – Bonsweiher**

Notwendig sind durchgehende, baulich getrennte Radwege und sichere Querungen
– für echte Verkehrssicherheit statt bloßer Absichtserklärungen.





4. Familienfreundlicher Kreis Bergstraße

Lebensqualität und Naherholung

Unsere Region bietet eine schöne Landschaft, ein freundliches Klima und eine gute Anbindung. Diese Standortvorteile müssen erhalten und unter Berücksichtigung von Umweltschutz und Machbarkeit ausgebaut werden.

Demografie & Generationen

Es bietet sich hier ein idealer Lebensraum für Familien und die ältere Generation. Angesichts des demografischen Wandels setzen wir uns verstärkt für altersgerechtes Wohnen, Mobilität und eine gesicherte medizinische Versorgung im Alter ein.

Ehrenamt & Vereine stärken

Vereine sind das Rückgrat des gesellschaftlichen Zusammenhalts, insbesondere im ländlichen Raum. Wir sind für die Erleichterung der Arbeit der Vorstände durch:

- vereinfachte Anträge, Bagatellgrenzen, feste Ansprechpartner
- verlässliche Förderung: mehrjährige Zusagen und Sockelförderung für die Vereinsarbeit
- Ehrenamt schützen und unterstützen: Haftungsabsicherung, Versicherungen und kostenfreie Nutzung öffentlicher Räume

Freizeitobjekte und Naturerfahrung fördern

Wir fördern einen unbeschwerten, sicheren Tourismus. Der Trägerverein Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald leistet hier hervorragende Arbeit und muss auch in Zeiten knapper Kassen weiterhin unterstützt werden.

Beispiel Feriendorf Kröckelbach

Solche Anlagen, die Naturerfahrung und Erholung verbinden, müssen als Leuchtturmprojekte unterstützt werden, um die Aktivität des Kreises zu steigern. Ursprünglich als Ferienanlage für Familien konzipiert, wurde das Feriendorf Kröckelbach zuletzt für die Unterbringung von Flüchtlingen sowie für soziale und gemeindenahе Projekte genutzt. Ob und in welcher Form der ursprüngliche Ferienzweck wiederhergestellt wird, ist derzeit offen und abhängig von künftigen Vereinbarungen und politischen Entscheidungen. Wir werden uns für die Wiederinbetriebnahme als Feriendorf für Familien einsetzen.

Kinder & Jugend

Kinder und Jugendliche brauchen Räume, Angebote und echte Beteiligung.

Kinder- und Jugendgerechte Erziehung ja, Frühsexualisierung nein.

Wir unterstützen ideologiefreie Jugendzentren, mobile Jugendarbeit und niedrigschwellige Treffpunkte (z.B. nach Art der „Alla- Hopp-Anlage“). Insbesondere im ländlichen Raum. Prävention statt „Reparatur“: Suchtprävention und Unterstützung von Vereinen als Schutzräume für junge Menschen.

Sportangebote stärken

Bewegung ist elementar für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Der Kreis soll sich weiter für öffentliche Sportanlagen engagieren sowie Vereine gezielt unterstützen. Gemeinschaftsprojekte mit Sportvereinen können frühzeitig Bewegungsfreude fördern und Übergewicht sowie Bewegungsmangel entgegenwirken.

Kitas einbeziehen

Frühkindliche Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten ist ein zentraler Baustein für Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Kitas müssen daher ausdrücklich in die Jugend- und Familienpolitik des Kreises einbezogen und strukturell gestärkt werden.



5. Schule & Bildung

Leistung, Neutralität und Vielfalt sichern

Bildung ist unser wichtigstes Kapital. Der Kreis Bergstraße verfügt über eine gute schulische Infrastruktur – das muss so bleiben. Schule darf kein Experimentierfeld wechselnder Ideologien sein, sondern muss Wissen, Können und Verantwortung vermitteln.

Leistungsprinzip konsequent stärken

Das Leistungsprinzip hat oberste Priorität. Schule muss fordern und fördern. Wohlfühlpädagogik, die Leistungsunterschiede verwischt und Erwartungen absenkt, lehnen wir ab. Bildungsgerechtigkeit entsteht nicht durch Gleichmacherei, sondern durch faire Maßstäbe und individuelle Förderung.

Politische Neutralität wahren

Der sogenannte Beutelsbacher Konsens aus dem Jahre 1976 (Politische Neutralität von Lehrkräften) ist strikt zu beachten. Daraus ergibt sich:

- das Überwältigungsverbot (Notbremse gegen ideologische Erziehung),
- das Verbot einseitiger Stimmungsmache,
- sowie die Verpflichtung zur Kontroversität (Vielfalt der Meinungen) dort, wo sie gesellschaftlich besteht.

Nach § 86 Abs. 3 des Hessischen Schulgesetzes haben Lehrkräfte in Schule und Unterricht politische, religiöse und weltanschauliche Neutralität zu wahren.

Schule ist kein Ort für Indoktrination, sondern für Bildung zur eigenständigen Urteilsfähigkeit.

Ausgewogene Schulentwicklungsplanung

Eine einseitige kommunale Förderung der Gymnasien und Gesamtschulen in den Schulentwicklungsplänen zu Lasten der praxisorientierten Mittelstufen-, Haupt- und Realschulen lehnen wir ab – insbesondere in Zeiten eines dramatischen handwerklichen und technischen Fachkräftemangels. Alle Schulformen leisten einen gleichwertigen Beitrag zur Bildungslandschaft und müssen entsprechend berücksichtigt und ausgestattet werden.

Förderschulen erhalten – Inklusion mit Augenmaß

Die Förderschulen sollen erhalten bleiben. Wir stehen für eine Inklusion mit Augenmaß im gegliederten Schulsystem. Nicht jede Form der Inklusion dient automatisch dem Wohl des Kindes. Pädagogische Vernunft und individuelle Bedürfnisse müssen Vorrang vor ideologischen Zielvorgaben haben.

Ganztag gemeinsam gestalten

Für eine aktive Einbindung von Vereinen in die schulische Ganztagsbetreuung: Sport-, Musik- und Kulturvereine leisten wertvolle Bildungs- und Erziehungsarbeit und stärken soziale Kompetenzen, Teamgeist und regionale Verwurzelung. Diese Strukturen sind gezielt zu fördern und bürokratische Hürden abzubauen.

Digitale Bildung & Medienkompetenz

Digitale Kompetenz statt blinder Technikgläubigkeit: Vermittlung von Medienkompetenz, kritischem Denken und digitalem Grundwissen an Schulen. Digitale Endgeräte müssen aber alters- und entwicklungsgemäß und auf keinen Fall zu früh eingesetzt werden. IT-Nachwuchs fördern: Kooperationen mit regionalen Betrieben, Berufsschulen und Hochschulen zur Stärkung technischer und handwerklicher Ausbildungswege.

Gewalt an Schulen stoppen

Wir fordern ein konsequentes Durchgreifen bei steigender Gewalt an Schulen im Kreis Bergstraße durch verstärkte Präventionsarbeit und einen verbesserten Schutz für Lehrkräfte sowie Schüler. Sicherheit im Klassenzimmer muss durch klare Sanktionen bei Regelverstößen und eine engere Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden dauerhaft wiederhergestellt werden.



6. Wohnen & Raumordnung

Heimat bewahren, nicht verbauen

**Heimat bedeutet für uns nicht Abgrenzung, sondern Verantwortung.
Für die Menschen, die hier leben und arbeiten.**

Wachstum mit Augenmaß steuern

Der Kreis Bergstraße ist Teil einer wirtschaftlich starken Metropolregion. Gleichzeitig darf weiteres Wachstum unsere Infrastruktur, Lebensqualität und Bezahlbarkeit des Wohnraums nicht überfordern. Ziel ist eine ausgewogene Entwicklung, die Wohnen, Arbeiten und regionale Wertschöpfung miteinander in Einklang bringt.

Stopp der „Entlastungsplanung“ für Frankfurt

Wir wehren uns dagegen, unsere Kommunen durch massive Ausweisung neuer Baugebiete zu bloßen „Entlastungszonen“ und Pendlerwohnorten für Frankfurt oder das Rhein-Main-Gebiet zu machen. Unsere Infrastruktur verträgt dieses Wachstum nicht mehr und sollte nur unter Erhalt der Lebensqualität sowie Bezahlbarkeit für alle ausgebaut werden. Kommunale Wohnungsbauprojekte müssen primär dem Bedarf der ortsansässigen Bevölkerung dienen.

Freiheit für den Wohnungsmarkt: Investitionen fördern statt regulieren

Wir lehnen bevormundende Eingriffe wie Mietendeckel oder Zwangsbewirtschaftung als investitionsfeindliche Scheinlösungen ab. Statt auf Regulierung setzen wir auf marktwirtschaftliche Anreize und Neubau, um Wohnraum attraktiv zu halten und echte Entlastung zu schaffen.



7. Gesundheit & Pflege

Öffentliche Daseinsvorsorge sichern

Kommunen tragen eine zentrale Verantwortung für die gesundheitliche Daseinsvorsorge und müssen dabei handlungsfähig bleiben.

Kreiskrankenhaus in öffentlicher Hand

Die bundesweite Krankenhausreform ordnet Klinikgeschehen, Zusammenarbeit und Abrechnungswesen neu. Leider gibt es Anzeichen, dass sich die Universitätskliniken Heidelberg und Mannheim im Rahmen dieser Neuausrichtung aus regionalen Aufgaben zurückziehen wollen.

Auch wenn der Kreis Bergstraße nur einen Gesellschafteranteil von 10 % am Kreiskrankenhaus hält, muss er seinen vollen Einfluss geltend machen, um eine unüberlegte Privatisierung zu verhindern, die die Krankenhausversorgung gefährdet.

Gesundheitsfürsorge ist eine öffentliche Aufgabe. Der Kreis muss dafür Sorge tragen, dass die medizinische Qualität und regionale Versorgung auch bei strukturellen Veränderungen dauerhaft gesichert bleiben. Wir kennen die negativen Auswirkungen, die die Schließung der „Luise“ in Lindenfels für die Patienten und für den Ort selbst hatte, und setzen alles daran, ähnliche Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Darüber hinaus braucht der Odenwald / Lindenfels ein Gesundheitszentrum als Außenstelle des Kreiskrankenhauses, um die medizinische Versorgung vor Ort dauerhaft zu sichern.

Schutz der Mitarbeiter

Reformen dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Um den Standort attraktiv zu halten, müssen gute Arbeitsbedingungen und verlässliche Tarifverträge garantiert sein. Insbesondere Maßnahmen wie Leasing oder kurzfristige Personalumstrukturierungen lehnen wir ab, da sie das Krankenhaus langfristig und unnötig belasten.

Ärztemangel entgegenwirken

Gleichzeitig setzen wir auf gezielte Förderung von Hausärzten im ländlichen Raum, um die medizinische Versorgung in allen Kommunen des Kreises dauerhaft sicherzustellen. Dazu gehören verlässliche Rahmenbedingungen für Praxisgründungen und -übernahmen, Unterstützung bei Investitionen sowie Anreize für den ärztlichen Nachwuchs, sich langfristig im ländlichen Raum niederzulassen.

Telemedizin fördern

Der Ausbau von Videosprechstunden kann zur Entlastung von Praxen beitragen, Wege verkürzen und die Versorgung ergänzen – insbesondere bei Nachsorge, Beratung und Verlaufskontrollen. Telemedizin darf jedoch keinen persönlichen Arztkontakt ersetzen, sondern soll diesen sinnvoll ergänzen und die wohnortnahe medizinische Betreuung stärken, nicht verdrängen.

Rettungsdienst optimieren

Sicherstellung der Hilfsfristen auch im Odenwald, z. B. Busse als mobile Arztpraxen. Rettungsdienste, Feuerwehr, THW müssen qualifiziert ausgestattet bleiben und in erster Linie der Absicherung der Dienste dienen.

Versorgungsketten stärken

Lange Verlegungswege belasten Patienten und Rettungsdienste. Der Kreis setzt sich für ausreichende stationäre Kapazitäten und eine bessere regionale Abstimmung der Krankenhäuser ein, um unnötige Ausweichverlegungen zu vermeiden.

Pflege, Alter & soziale Verantwortung

Unterstützung ambulanter Pflegedienste und pflegender Angehöriger. Förderung altersgerechter Wohnformen und Quartierskonzepte gegen Vereinsamung.

Stärkung niedrigschwelliger sozialer Beratungsangebote.

Unterstützung von Frauenhäusern muss sichergestellt werden. Frauenhäuser sind sinnvoll und leider notwendig. Die vorhandenen Kapazitäten reichen auch wegen einer verfehlten Migrationspolitik nicht aus. Der Kreis muss hier weiter engagiert bleiben.

Barrierefreiheit & Inklusion

Menschen mit Behinderung sollen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können – Inklusion soll pragmatisch, unbürokratisch, bedarfsgerecht und mit Augenmaß stattfinden.

Corona-Aufarbeitung und Evaluation

Wir fordern eine lückenlose Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen im Kreis Bergstraße sowie eine umfassende Evaluation ihrer Auswirkungen auf Bürger, Kinder und Wirtschaft. Ziel ist die Wiederherstellung des gesellschaftlichen Friedens und die Sicherstellung, dass Grundrechtseinschränkungen dieser Tragweite sich niemals ohne wissenschaftliche Evidenz wiederholen.



8. Energie, Umwelt & Landwirtschaft

Technologieoffenheit statt Rückbau

Energiepolitik muss verlässlich sein:

Sie hat Versorgungssicherheit zu gewährleisten, Kosten im Blick zu behalten und Landschaft sowie Lebensräume zu schützen. Symbolpolitik hilft niemandem – funktionierende Infrastruktur schon.

Energie- und Forschungsstandort Biblis sichern

Der Rückbau des Kernkraftwerks Biblis war ein schwerer strategischer Fehler. Der Standort verfügt über eine einmalige Anbindung an das überregionale Stromnetz und hochqualifizierte Infrastruktur. Diese Fläche darf nicht zum Mahnmal politischer Kurzsichtigkeit verkommen.

Wir fordern, Biblis als Energie- und Forschungsstandort zu erhalten: für die Erforschung von Fusionsreaktoren ebenso wie für die ergebnisoffene Prüfung eines modernen, sicheren Kernkraftwerks der nächsten Generation – als Beitrag zu bezahlbarer, grundlastfähiger Energie.

Keine Windkraft im Wald – Stopp von Agri-PV

Der Odenwald und der Geo-Naturpark sind keine Industrieflächen. Windkraftanlagen im Wald zerstören Landschaft, Biodiversität und Akzeptanz. Subventionsgetriebene Projekte, die Natur und Anwohner belasten, lehnen wir ab. Landwirtschaftliche Nutzflächen dienen der Lebensmittelproduktion. Solarparks auf Ackerland widersprechen diesem Grundsatz und gefährden die regionale Versorgungssicherheit.

Kein Atommüll-Endlager im Odenwald

Die geologische Erkundung des Odenwalds als mögliches Endlager lehnen wir entschieden ab. Die Risiken für Umwelt, Tourismus und das regionale Image sind nicht hinnehmbar.

Eine technologieoffene Weiterentwicklung der Kernenergie reduziert langfristig Abfallmengen und macht großräumige Endlagerszenarien überflüssig.

Gegen Heizungszwang und realitätsferne Wärmepläne

Wir stellen uns gegen kommunale Wärmeplanungen, die technische, wirtschaftliche und soziale Realitäten ignorieren. Sanieren muss machbar bleiben – für Eigentümer wie für Mieter. Die vorhandene Infrastruktur ist zu erhalten. Kein Rückbau oder Herausreißen von Gasleitungen!

Landwirtschaft klimafest machen

Der Kreis soll Maßnahmen für klimaangepassten Ackerbau, angepasste Bewirtschaftungsformen und regionale Versorgungssicherheit unterstützen.

Anpassung statt Illusionen

Klimapolitik muss realistisch bleiben. Entscheidend ist, wie wir mit veränderten klimatischen Bedingungen umgehen: durch Vorsorge, robuste Infrastruktur und Anpassungsstrategien.



9. Tierschutz

Verantwortung mit Augenmaß

Tiere sind auf unseren Maßstab von Verantwortung angewiesen. Artgerechte Haltung und die konsequente Vermeidung von Grausamkeit sind kein Luxus, sondern eine Pflicht einer verantwortungsbewussten Gesellschaft. Der Tierschutz steht dabei häufig im Spannungsfeld landwirtschaftlicher, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Interessen. Notwendig ist eine sachliche, vernunftgeleitete Güterabwägung – nicht die Durchsetzung ideologischer Positionen.

Veterinärkontrollen mit Vernunft

Veterinärkontrollen sind unverzichtbar, müssen jedoch verhältnismäßig und mit Augenmaß erfolgen. Wir wenden uns gegen eine pauschale Vorverurteilung von Landwirten und Tierhaltern. Generalverdacht und überbordende Bürokratie lehnen wir ab.

Jäger und Förster als Partner anerkennen

Jäger und Förster leisten einen wichtigen Beitrag zum Natur- und Umweltschutz und sind als sachkundige Partner anzuerkennen und einzubinden.

Kastrationspflicht für Freigängerkatzen prüfen

Zur wirksamen Eindämmung von Katzenelend soll die Einführung einer Kastrationspflicht für Freigängerkatzen geprüft werden – nach dem Vorbild zahlreicher hessischer Kommunen.

Tierfreundliche Betriebe

Tierfreundliche Betriebe sollen bei öffentlichen und städtischen Aufträgen bevorzugt berücksichtigt werden.

Förderung lokaler Artenschutzprojekte auf öffentlichen Flächen

Mähfreie Zonen und Blühflächen stärken den Schutz von Insekten und die Artenvielfalt. Tierschutz soll als Bildungsthema in Schulen und Kitas fest verankert werden.

Dauergenehmigungen für Krötenschutz Helfer

Wir fordern die Einführung von unbürokratischen Dauergenehmigungen für ehrenamtliche Helfer im Bereich des Krötenwanderungsschutzes. Dies sichert die Handlungsfähigkeit der Aktiven und reduziert den jährlichen Verwaltungsaufwand für den wichtigen Schutz unserer heimischen Amphibien.

Keine Hundesteuererhöhung zur Haushaltssanierung

Wir schützen die wertvolle Beziehung zwischen Mensch und Tier. Hunde sind wichtige Sozialpartner und fördern das Wohlbefinden, weshalb die Tierhaltung bezahlbar bleiben muss. Statt Mehrbelastungen für Halter setzen wir auf eine solide Finanzpolitik ohne den Griff in die Taschen der Tierfreunde.



10. Kultur, Identität & gesellschaftlicher Zusammenhalt

Musikschulen, Volkshochschulen, Museen und regionale Kulturinitiativen sind tragende Kulturgüter unserer Gesellschaft.

Die Pflege regionaler Geschichte, Baukultur und gewachsener Traditionen als verbindendes Element zwischen den Generationen ist zu erhalten.

„Das Alte bewahren, ohne sich neuen Ideen zu verschließen!“

Sport als Kulturgut anerkennen

Sportvereine leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Kreis soll Sportveranstaltungen, Nachwuchsarbeit, Trainerausbildung und ehrenamtliches Engagement gezielt unterstützen.

Traditionelle Feste erhalten

Regionale Feste sind Ausdruck lebendiger Kultur. Veranstalter dürfen durch Sicherheitsauflagen und Kosten nicht finanziell überfordert werden. Sicherheit muss gewährleistet sein, ohne gewachsene Volksfeste faktisch unmöglich zu machen. „Außengrenzen sichern statt Volksfeste einzäunen!“

Brauchtumspflege stärken

Karnevals-, Brauchtums- und Gesangvereine sind lebendige Kulturträger. Ihre Arbeit verdient Anerkennung und Unterstützung – als Ausdruck regionaler Identität und gelebter Gemeinschaft.

Starkes Ehrenamt: Rückgrat unserer Sicherheit

Wir garantieren Feuerwehr, THW und Rettungsdiensten modernste Ausstattung sowie höchste Anerkennung und fördern ihre wertvolle Jugendarbeit als tragende Säule unserer Gesellschaft gezielt weiter.



Unsere Kandidaten für die Kreistagswahl am 15. März 2026:

Liste 2

- | | |
|---|---|
| 1. Taufertshöfer, Norbert, Dipl.-Ing. | 2. Fetsch, Thomas, Rechtsanwalt |
| 3. Pfleger, Sandra, Kauffrau | 4. Dietz-Verrier, Christian, Studienrat a.D. |
| 5. Bertram, Jürgen, techn. Angestellter | 6. Schweidler, Hans-Jürgen, Betriebswirt |
| 7. Penteker, Matthias, Selbstständig | 8. Eck, Dieter, Rentner |
| 9. Dörsam, Andreas, Rechtsanwalt | 10. Schmiedel, Catherine, Lehrerin |
| 11. Bollmann, Richard, Fliesenleger | 12. Ruiz Beysiegel, Kerstin, Bürokauffrau |
| 13. Gärtner, Sven, System Engineer | 14. Faust, Uwe, Berufskraftfahrer |
| 15. Mandel, Patrick, Elektrotechniker | 16. Wilfert, Holger, Handwerksmeister |
| 17. Maurer, Ralf, Schlosser | 18. Wenzel, Alexander, Chemikant |
| 19. Gerhardt, Marco, Kunststofftechnologe | 20. Schöneberger, Susanne, Zahnmed. Fachangestellte |
| 21. Wrobel, Christian, Garten- und Landschaftsbauer | 22. Melzer, Stefanie, Klin. Monitor |
| 23. Elsner, Melanie, Krankenschwester | 24. Lahres, Wolfgang, Angestellter |
| 25. Harms, Michaela, Konditoreifachverkäuferin | 26. Petsch, Andreas, Selbstständig |
| 27. Klein, Stephan, Betonfertigteilebauer | |

Dein Land braucht Dich.

Werde noch heute



Mitglied der AfD!

Hier geht es zum Antrag. Oder nutze
einfach unser Online-Formular unter:
mitmachen.afd.de

Unterstütze uns auch mit einer Spende, die Du sogar von der Steuer
absetzen kannst – vielen Dank!

Spendenkonto: AfD Kreisverband Bergstraße
DE24 5095 0068 0002 1185 78 HELADEF1BEN (Sparkasse Bensheim)
Verwendungszweck: „Spende“ und vollständige Adresse (für die
Ausstellung der Zuwendungsbescheinigung)

Folge uns im Internet und auf Social Media:



<https://hp.afd-hessen.org>



facebook.com/AfDBergstrasse

**Kommunalwahl
am 15. März 2026:
AfD wählen!**

Du findest uns auf

Liste 2

V.i.S.d.P:

Kreisverband Bergstraße
Ampèrestr. 1 b
64625 Bensheim
Vorsitzender: Thomas Fetsch

Kreisverband
Bergstraße

